

Volkswacht

Einzelnummern:
 Die monatliche Monatshefte 30 Pf.
 Die halbjährliche Monatshefte 1.50 Pf.
 Die vierteljährliche Monatshefte 0.75 Pf.
 Die vierteljährliche Monatshefte 0.75 Pf.
 Die vierteljährliche Monatshefte 0.75 Pf.

Die Volkswacht erscheint täglich
 ausgenommen an Sonn- und Feiertagen
 in Danzig durch unsere Druckerei
 monatlich 1.50 Pf.
 vierteljährlich 4.50 Pf.
 Durch die Post bezogen auswärts
 monatlich 1.75 Pf.
 vierteljährlich 5.25 Pf.
 Verlagsort: Danzig Nr. 194.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition:
 Danzig, Paradiesgasse 32.

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795,
 Expedition 3290.

Nr. 113 Sonntag, den 18. Mai 1919 10. Jahrgang

Rußland an das deutsche arbeitende Volk.

Der russische Volkskommissar Nischkewitsch teilte durch Funkfunk mit, daß die Arbeiter und Bauern Russlands die schweren Leiden des deutschen Volkes mitempfinden werden, und kennzeichnet das Nachwort der Clemenceau und Co. als:

Einiges Gewaltverbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk abließ. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entzogen. Seine folgenden Naturkatastrophen werden ihm abgenommen. Es wird gezwungen eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst, wenn das deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Bedürfnisse seiner Feinde arbeitet, es dennoch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entwaflnet, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innere des Landes eindringen können, um die letzten Reste zu verheeren.

Nischkewitsch weist darauf hin, daß schon die genaueLOSE Schamlosigkeit und Bestialität der jede Bekämpfung vergebenden Sieger allein ein Beweis dafür ist, daß deren Welt von Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Unterganges steht.

Am Schluß des Nischkewitsch hervor, daß in der unauflöslich wachsenden revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigung das Fundament der Bekämpfung Deutschlands liegt.

Der Brudergruß der Sowjets wird dem deutschen Arbeitervolk ein Ausporn zum Anschalten sein. Zwar trennen uns Prinzip und Taktik vom russischen Proletariat. Doch wir wissen auch, daß es nicht das russische Proletariat ist, das die Schuld an seiner von uns nicht gebilligten brutalen Kampfmethode trägt. Unter der Krone des Jaren und seiner Schergen wurde das erwachende Selbstbewußtsein der Ententisten des großen Ostreichs mit Hilfe von Aufhängen und Massenmord freventlich niedergeschlagen. War es da nicht verständlich, daß als Russlands Volk nach jahrelangem, Millionenopfer erfordernden Krieg das alte Regime zum Tadel jagte, Gewalt mit Gewalt vergolten wurde?

Und war es denn kurz nach der letzten Revolution in Rußland gar so arg mit der Brutalität der Sowjets? Mit nichten. Erst als der russischen Regierung ein günstiger Friede mit Deutschland nicht gelang, als der mit der Faust auf den Verhandlungstisch schlagende General Hoffmann seinen Willen durchdrückte, der Gewaltfriede von Vrest kam, und die Rot des russischen Volkes immer weiter weg, wurden die Sowjets brutal.

Bestand wohl? Nun, ein halbwegs annehmbarer Friede mit Deutschland hätte der Sowjet-Regierung eine so gewaltige Anhängerschaft im Osten verschafft, daß selbst in Rußland für sie die Möglichkeit vorlag, sich unter Anerkennung der Demokratie zu halten. Als die Unterhändler in Brest-Litowsk diesen Frieden jedoch nicht heimbrachten, wurde die Regierung naturgemäß unpopulär und griff zur konsequenten Durchführung der proletarischen Diktatur.

So wurden die Gewalthaber des alten Deutschlands die Väter der jetzigen Sowjet-Praktiken. Hätten sie in Brest-Litowsk einen verständigen Frieden gemacht, so wäre Rußland heute jedenfalls ein deutsches befreundetes, demokratisches Staatswesen mit sozialistischem Einschlag, mit wären nie in die verwerfliche Lage geraten, in der wir uns jetzt befinden, und unser Bürgerum hätte es nicht nötig, vor der Sowjet Herrschaft zu ähnen.

So wurden großenwahnstimmige deutsche Generale und Imperialisten Russlands Verhängnis. Heute in Rot und Glend, Klopft der deutsche Friedensschluß an die Tür der Sowjetrepublik, um wirtschaftliche und politische Annäherung zu erreichen. Möge beides kommen. Möge russischer Hungerleid, gepaart mit deutscher Energie und Organisation, nach Genesung der russischen Arbeiterschaft vom Bolschewismus, an der Befreiung der Arbeiter der Welt hervorragend mitwirken.

Die Regierung bleibt fett.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ bringt an auffallender Stelle folgende Mitteilung:
 In gewissen Kreisen ist die Bemerkung gemacht worden, daß die geistige Reife des Ministerpräsidenten und die des Reichspräsidenten eine gewisse Ähnlichkeit im Tone zeigen die früheren Reichspräsidenten in der Friedensfrage enthalten. U. a. wird dies damit begründet, daß in diesen Reden das Wort „unannehmbar“ nicht zu finden ist. Wir wir von zuständiger Seite erfahren, ist von einer Veränderung der Haltung der Regierung in der Friedensfrage keine Rede.

Ministerrat und Friedensfrage.
 In der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die am Mittwoch stattfand, soll die Friedensfrage eingebracht werden, die den Ministerrat auffordert, zur Behandlung der Friedensfrage den Ministerrat zu beauftragen, die Friedensfrage zu erörtern, wobei, um Rußland zu erörtern, dieselben Delegierten, die im April in Berlin zusammentraten, auch diesmal hier zusammenkommen sollen.

Die Ausländer in Berlin richten in einer Resolution die Aufforderung an ihre Volksvertreter in der Heimat, dafür zu sorgen, daß ein gerechter Friede aufande komme.

Ein Dementi.
 Wie der „New York Herald“ in der Pariser Ausgabe berichtet, werde die deutsche Delegation eine Verlängerung der 14tägigen Frist zur Prüfung des Vertragsentwurfs verlangen, die aber abgelehnt werden sei. Von dieser amtlicher deutscher Stelle ist solch Antraq weder geteilt noch beabsichtigt.

Sie werden um Deckerzeit.
 Land „Matin“ haben Wilson und Clemenceau gestern im Handhabungsbüch der Pariser Kammer nochmals die Regierungsvorlage wegen eines Kredits von 75 Milliarden Franken an Deckerzeit zur Sicherstellung seiner Verlorenen vertriehen, die Kredits von dem Ausfluß als unannehmbar abgelehnt worden war. Wilson begründete diesen Kredit politisch. Die Regierung wüßte Deckerzeit so zu helfen, daß es nicht gezwungen sei, sich mit Deutschland zu verbünden. Anfang nächster Woche würde die Vorlage mit neuen Vorschlägen und in neuer Form noch einmal vorgelegt werden.

Französischer Sozialismus.
 Dem „Vorwärts“ wird aus Paris berichtet: Im „France libre“ vertritt Arthur Mazer nach, daß zwischen dem Manifest des Berner Aktionsausschusses und der Ansicht derjenigen, die den Friedensvertrag Clemenceaus ablehnen, ein Abgrund liegt. Er vertritt den Standpunkt, daß der vorläufige Anschluß Deutschlands aus dem Völkerbund berechtigt sei, weil dieses noch im Militarismus verharren (1), von Disziplin und Autoritätsprinzip trunken sei. Daher ist es nicht in der Lage, mit vollen Rechten und ohne demokratische Lehr- und Versuchzeit in die Gesellschaft der freien Nationen einzutreten. So spricht ein „Sozialist“ über das Land, dessen Arbeiterbewegung und Arbeitergesetzgebung schon vor dem Kriege der ganzen Welt vorbildlich erschien und das seit der Revolution das Frauenwahlrecht, den Achtstundentag und weitgehende Sozialleistungen einführt.

Henry Fabre wärmt im heutigen „Journal du Peuple“ die alte Lüge auf, daß die Scheidemanns dem schwachen Frieden, der den Russen auferlegt wurde, Beifall erteilt hätten.

Den mutigen Stimmen der Linksozialisten sei alle Ehre gegeben. Man muß aber doch darauf hinweisen, daß weder „Populaire“ noch „Humanité“ bisher in irgendeiner Weise uns riefen, den Frieden, den sie selbst als schwachvoll bekämpfen, abzulehnen. Sie haben auch keine Antwort auf die Frage: Was werden die Linksozialisten tun, wenn nach Nichtunterzeichnung des Friedens der militärische Vormarsch und die Verhängung der Hungerblockade wieder als Zwangsmittel zur Erreichung der Unterwürft angesetzt werden sollen?

Täglich sind die bürgerlichen Blätter mit ausfälligen Schilderungen dieser a e p l a n t e n M a s s e n w a r e n erfüllt. Jeder „Humanité“ noch „Populaire“ lauten bisher, welche Haltung die französischen Sozialisten in diesem Falle einnehmen würden.

Ein Stab aus dem Zollhaus.
 Serjaïkoff, 16. Mai. (Vorwärts.) In der „Gumanité“ wird sowohl von Serbat wie auch von Gachin eine ungläubliche Tatsache aufgedeckt, die allerdings für die Beurteilung der bisherigen Haltung der französischen Sozialisten weitreichend ist, nämlich, daß der Friedensvertrag im Ministerrat noch immer von der französischen Regierung geheimgehalten wird! Gachin schreibt: „Journalisten mit guten Beziehungen zur Regierung erhielten Exemplare des Friedensentwurfs, Mitglieder der Ministerien gegen damit spekulieren, aber die Volksvertreter, welche betrogen sind, dem Frieden anzuhaften, sind auf Ausfälle ausgewiesen, die Herr Serbatien veriaht hat.“ Serbat schreibt: „Aber Sie es nicht eigenartig, daß die französischen Deputierten den vollen Wortlaut des Friedensvertrages noch nicht in Händen haben, während sämtliche deutschen Abgeordneten ihn erhielten?“

Sowohl Gachin wie Serbat berichten in ihren Artikeln über die letzte Sitzung der Sozialistenfraktion. Sie haben mit Genugtuung eine gewisse Einmütigkeit im Willen hervor, daß man sich nicht durch Worte locken lassen, keine Reime zu neuen Kriegen in den Friedensvertrag aufnehmen lassen dürfe. Es ist immerhin möglich, daß die Kenntnis des vollen Wortlautes der Friedensbedingungen, namentlich ihrer Inhalte, in denen der imperialistisch-kapitalistische Geist des Vertrages besonders zum Ausdruck kommt, auch die Rechts-

sozialisten kühler machen wird; jedenfalls ist dieser Umstand bezeichnend für die Geheimdiplomatie der Ministerien, die nicht nur die Friedensbedingungen unter Ausschluss aller Öffentlichkeit ausarbeiten, sondern sogar das Ergebnis ihrer Arbeit ihren eigenen Wählern vorzuenthalten!

Ein Einigungstongreß.

Berlin, 16. Mai. Die Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie veröffentlicht einen Aufruf zur Abhaltung eines deutschen Sozialistentages im Laufe des Monats Juni und fordert die sozialdemokratischen Parteiorganisationen aller Richtungen auf, diesen Kongreß mit Delegierten zu beschicken. Wie wir erfahren, soll der Kongreß eine Grundlage schaffen für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien. Der Vorstand der Zentralkomitee hat gestern abend in einer Sitzung beschlossen, die Tagung vom 21. bis 23. Juni abzuhalten.

Neu wissen wir nicht, ob diese Meldung, die dem Morgenblatt der „Danziger Zeitung“ entnommen ist, in allen ihren Teilen zutrifft. Wahrscheinlich ist es jedoch, daß in der Zeit der schwersten Not des deutschen Sozialismus die ausammenfassenden Kräfte eine derartige Einigungstaktion einleiten.

Um 15 Millionen Menschen.

Die erste der drei Noten, die Graf Brockdorff-Rubnow im Namen der Friedensdelegation an die französische Regierung berichtet hat, behandelt ein Problem, das für das deutsche Proletariat von äußerster Lebenswichtigkeit ist, es ist geradezu das Problem der deutschen Arbeiterschaft.
 Wenn die Friedensbedingungen der Entente zur Zufriedenung werden, dann muß Deutschland mindestens 15 Millionen Menschen an die Welt abgeben, für die innerhalb Deutschlands keine Möglichkeit der Beschäftigung oder Ernährung sein wird. Während Deutschland bisher Waren exportierte, wird es künftig gezwungen sein, Menschen und zwar in größtem Maßstab zu exportieren.
 Ein solches Menschen exportierendes Land war vor dem Kriege Italien. Durch seinen Mangel an Bodenschätzen war es gezwungen, statt des Uberschusses seiner Arbeit seinen Uberschuß an Menschen abzugeben. Aber es war hierzu weit mehr befähigt als Deutschland, weil der italienische Arbeiter infolge seiner angeborenen Anforchtlosigkeit

mit billigem Lohn zufrieden war und von den Unternehmern aller Länder daher gern als Rohmaterial herbeigeholt wurde. Der deutsche Arbeiter ist aber nicht nur höheren Lohn und bessere Lebenshaltung gewöhnt als die Arbeiter der meisten übrigen Länder, er betrachtet auch eine hochentwickelte Sozialpolitik als selbstverständlich und seit der Revolution ein Maß von Selbstständigkeit nebenher dem Unternehmertum, das er außerhalb Deutschlands und Russlands wohl nirgends finden wird. Während für den italienischen Arbeiter die Auswanderung daher Anstiege bedeutet, ist für den deutschen Arbeiter in unzähligen Fällen Abstieg in eine tiefere Kulturstufe.

Nordprozeß Liebfnecht-Luxemburg.

Nach der Mittagspause gab der Vorsitzende bekannt, daß nach einer Vereinbarung zwischen den Prozeßbeteiligten erst Mittwoch mit den Plädoyers begonnen werden soll.
 Anklagevertreter Friedensgerichtsrat Hörig teilte mit, während der Pause habe ihm ein junges Mädchen erzählt, eben gehört zu haben, daß ein Zeuge, der mit zwei anderen Herren sprach, gesagt habe, er befehle darauf, daß

Der Vertrag sofort geteilt
 werde. Er, der Anklagevertreter, habe sofort festgestellt, daß es sich um ein Gerücht zwischen den Zeugen Janischkow, Hall und einem dritten handelnd Janischkow, vom Anklagevertreter zur Rede gestellt, habe zugegeben, die angeführte Bemerkung gemacht zu haben, die sich aber nicht auf den Prozeß beziehe, sondern auf eine Abmachung aus einem früheren Arbeitsverhältnis, in dem er mit den beiden anderen gehandelt habe. Janischkow habe auch ein Notizbuch mit der Abrechnung vorgezeigt. Das Mädchen habe zwar gesagt, es glaube nicht an die Richtigkeit der Angabe Janischkows. Er, der Anklagevertreter, habe aber den Vorfall für aufgeklärt und habe keinen Anlaß, weiter darauf einzugehen.

Der Vorsitzende bemerkt, auch das Gericht habe keine Ursache auf die Angelegenheit einzugehen.
 Der Anklagevertreter erklärt, im Laufe der Verhandlung sei wiederholt der

Hauptmann Petri
 erwähnt worden, der im „Eden-Hotel“ gegen Liebfnecht und Frau Luxemburg gehetzt habe. Die „Freiheit“ habe nun Auskunft gebracht. Hauptmann Petri hätte als Zeuge geladen werden müssen. Hierzu — sagt der Anklagevertreter — liegt kein Anlaß vor. Das Hauptmann Petri gelagt haben soll: „Schlaaf das Schwein tot“ und „was der Kerl lebt noch“, sei durch Zeugen bestätigt. Ob nun Hauptmann Petri diese Ausdrücke als Zeuge bestritte oder zuechte, darauf kommt es gar nicht an. Da nicht feststeht, werden konnte, daß die Ausdrücke aus einem der späteren Zeugen gerichtet waren, so lag kein rechtlicher Grund vor Anklage gegen Hauptmann Petri zu erheben.

Die Sitzung ward, hierauf bis Mittwoch vertagt.

feit mit billigem Lohn zufrieden war und von den Unternehmern aller Länder daher gern als Rohmaterial herbeigeholt wurde. Der deutsche Arbeiter ist aber nicht nur höheren Lohn und bessere Lebenshaltung gewöhnt als die Arbeiter der meisten übrigen Länder, er betrachtet auch eine hochentwickelte Sozialpolitik als selbstverständlich und seit der Revolution ein Maß von Selbstständigkeit nebenher dem Unternehmertum, das er außerhalb Deutschlands und Russlands wohl nirgends finden wird. Während für den italienischen Arbeiter die Auswanderung daher Anstiege bedeutet, ist für den deutschen Arbeiter in unzähligen Fällen Abstieg in eine tiefere Kulturstufe.

Aber selbst wenn der deutsche Arbeiter durch Hunger und Arbeitslosigkeit gezwungen diese Opfer auf sich nimmt, dann bleibt doch sehr die Frage, ob die übrigen Länder eine plötzliche Ueberflutung mit 15 Millionen ausländischen Arbeitskräften gestatten werden, zumal wenn es die verhassten Deutschen sind. Sicher werden sich die Tore vieler Länder vor dem auswandernden deutschen Proletariat verschließen. Dieses befindet sich in einer unmöglichen Lage: Im Ausland kann es nicht leben und das Ausland nimmt es nicht auf. Hier handelt es sich um physisches Sein und Nichtsein. Dessen soll sich die Arbeiterschaft in jedem Stadium der Verhandlungen bemüht bleiben.

Politisches.

Pläne Festsieferungen der Entente.
 Wie den „B. N.“ von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, sind die Zukunftsversprechungen durch die Entente in den letzten Wochen fast hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es scheint, daß die Weltmächte an Speisefesteten im allgemeinen, an Schmalz aber im besonderen nicht den Umfang haben, wie dies ursprünglich angenommen wurde. Schon unter den bis jetzt von der Entente angetragenen Mengen befinden sich größere Posten von Schmalzfabrikat, d. h. Rindfleisch.
 Und da hat nun die Entente ein so großes Weizen von ihren Lebensmittellieferanten gemacht.

Wie die Entente kauft.
 Wie das „B. Tag.“ aus dem Haag meldet, ist die Mitteilung der Ministerien, daß die Blockade nach Annahme der Friedensbedingungen vollständig aufgehoben sein werde, den holländischen Schiffsfabrikanten als völlig bedeutungslos für Deutschland, solange nicht die Frage geregelt ist, wie weit Deutschland noch über Sonnenraum selbständig verfügen kann, direkt und indirekt. Wird eine ausgedehnte Kontrolle über die Schiffahrtsbewe-

Nordprozeß Liebfnecht-Luxemburg.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung teilt der Anklagevertreter mit, er habe durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten die Mitteilung erhalten, daß das im Prozeß wiederholt erwähnte Pflaster mit den anderen der Leiche Liebfnechts abgegebenen Sachen dem Rechtsanwalt Theodor Liebfnecht ausgeliefert sei. Theodor Liebfnecht ist telegraphisch geladen, um als Zeuge vernommen zu werden. Er ist aber nicht erschienen.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Vollzugsratsmitgliedes Paul Wegmann, der das „Wach“ der ärztlichen Sachverständigen an zweifelt. Wegmann schreibt, er habe der Obduktion der Leiche Liebfnechts von Anfang an beigewohnt und sie genau beobachtet. Er könne sich genau erinnern, daß bei der Öffnung des Schädels das Gehirn bloßgelegt habe. Der Sachverständige Geheimrat Bier habe erklärt, der Gehirnsinn durch den verletzten Schädel, also nicht, wie die Sachverständigen es sehr dargestellt haben, hinter dem Ohr eingebrochen sein. Wegmann schreibt, auch er halte es für ausgeschlossen, daß der Gehirnsinn hinter dem Ohr eingebrochen sei. Er sei an dem Standpunkt, daß es sich um eine Obduktion ohne die Entdeckung des Richtigen anhandle.

Das Gericht legt — in Uebereinstimmung mit dem Anklagevertreter und dem Verteidiger — keinen Wert auf den Brief, da die Aussagen Wegmann das Gutachten der medizinischen Sachverständigen nicht erschüttern können.

Das Gericht beschließt, noch mehr in die Beweis aufnahme einzutreten, da sich ein Zeuge Hoff gefunden hat, der die Angaben des Zeugen Janischkow bekräftigen will. Der Zeuge Hoff wird vernommen. Er sagt an, er sei als Kaufmann in der Arbeitervereinskassa in Soanbau eingetreten. Von einem dort beschäftigten Arbeiter, der mit Janischkow bekannt ist, habe er erfahren, daß Janischkow wichtige Angaben über die Lösung von Rosa Luxemburg machen könne. Darauf habe er, der Zeuge, eine Zusammenkunft mit Janischkow im „Fährtenhof“ veranstaltet. Er habe Janischkow ermahnt, sich streng an die Wahrheit zu halten. Janischkow habe dann ausgefragt, Oberleutnant Vogel sei zuerst bestimmt gewesen, Liebfnecht zu konfiszieren, dann sei er aber mit dem Transport Rosa Luxemburgs beauftragt worden. Er, Janischkow, habe sich gewundert, daß, als Rosa Luxemburg heruntergebracht wurde, die Dichtung des Aufganges ausgedehnt war und das Hängeort freigeblieben sei.

gang in der Welt durch den Obersten Wirtschaft...

Verlängerung und Diktage.

Nach Einleitung des Reichskommisars für Oka...

Es ist auch hohe Zeit.

Dem Reichskabinett ist, wie wir erfahren, eine...

Unbefristete Arbeitszeit. Aus Dresden wird...

Stimmenrecht in Frankreich? Die Kammer...

Aus aller Welt.

Ein Revolutionärsminister

wurde in Weiden in Bayern erschossen. Der...

Aus den Ostprovinzen.

Stiller vergitterten Schultern!

Aus Elbing schreibt man uns: Die Zeit der...

Elbing. Eine Vertrauensmännerziehung am...

Jugendbewegung ist man sich schuldig geworden...

Bei der Verlagerung von Kraftwagen aus...

Die Minderheit auf die außerordentlichen...

Locales.

Werttätiges Volk von Danzig, heraus!

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Der Friedensplan dieser Herrenmenschen ist...

Ein Menschenalter hindurch soll das deutsche...

seiner Bodenfläche, seiner wirtschaftlichen und...

Der ganze Friedensplan ist ein vorbedachter...

Die Rot der Privat-Lehrerinnen.

Es wird wohl kaum eine Beamtenklasse geben...

Die soll da eine Lehrerin fertig werden...

Sommersprossen. Leberöl, Aminosäuren, Picket, unraffiner...

Heraus zum Protest gegen den Gewaltfrieden.

Am Sonntag, den 18. Mai, vormittags 11 Uhr, demonstrieren wir im Wintergarten (Eingang Schichaugasse), in

öffentlicher Versammlung

gegen den uns zugeordneten unerträglichen Gewaltfrieden.

Redner: Unterstaatssekretär Genosse Graf, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Demonstriert

für die Existenz des deutschen Volkes und für den Sozialismus!

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Genial. Roman von Emilie Solc. (Fortsetzung)

über aber nicht so sehr gewirkt in der...

te es kein Versteck machte. Da wir also...

grunde des Schmalen und langen Saales des...

Jugend.

Verdacht ist der wilde Selbstmord...

